

## AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-224/7/88

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Betreff: Entwurf einer Marktordnungs-  
gesetz-Novelle 1988; Ergänzung  
der Stellungnahme

Telefon: 0 42 22 - 536

Bezug:

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.

An das

Betreff: Entwurf einer Marktordnungs- gesetz-Novelle 1988; Ergänzung der Stellungnahme	
Zl.	18 GE 988
Datum:	13. APR. 1988
Verteilt:	13. April 1988 <i>Präsident</i>
Präsidium des Nationalrates	

*St. Johannz*

lol7 W I E N

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der ergänzenden Stellungnahme des Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Marktordnungsgesetz 1985 geändert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1988), übermittelt.

Anlage

Klagenfurt, 1988 o4 o8  
 Für die Kärntner Landesregierung:  
 Der Landesamtsdirektor:  
 Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.  
*Braundhuber*

**AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG****Zl. Verf-224/7/88****Auskünfte: Dr. Glantschnig****Betreff:** Entwurf einer Marktordnungs-  
gesetz-Novelle 1988; Ergänzung  
der Stellungnahme**Telefon: 0 42 22 - 536****Durchwahl 30204****Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftsnummer anführen.****Bezug:****An das****Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft****Stubenring 1  
1011 W I E N**

Im Nachhang zur ha. Stellungnahme vom 23. März 1988,  
 Zl. Verf-224/2/88, zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
 dem das Marktordnungsgesetz 1985 geändert wird, wird in  
 der Anlage die von der gemeinsamen Betriebsrätekonferenz  
 der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte der Molkereien  
 Kärntens vom 26. März 1988 zum vorgelegten Entwurf der  
 Marktordnungsgesetz-Novelle 1988 und die in diesem Zusamme-  
 hang in die Öffentlichkeit gelangten Zusatzinformationen  
 mit der Bitte übermittelt, die darin geäußerten Bedenken  
 der Betriebsräte der Kärntner Molkereien bei der end-  
 gültigen Ausarbeitung der Regierungsvorlage einer Markt-  
 ordnungsgesetz-Novelle 1988 berücksichtigen zu wollen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter  
 einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

**Anlage**

Klagenfurt, 1988 04 08

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

Braudluber

RESOLUTION

beschlossen anlässlich der gemeinsamen Betriebsrätekonferenz der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte der Molkereien der Bundesländer .....  
KÄRNTEN  
26.03.1988  
..... am .....

Der vorliegende Entwurf zur Änderung der Marktordnung und die in die Öffentlichkeit gelangten Zusatzinformationen veranlassen die oben angeführten Betriebsräte zu folgender Stellungnahme:

Die geplanten Änderungen im Milchbereich lassen deutlich die Zielsetzung erkennen, den Milchproduzenten sowohl den Preis als auch die Abnahme zu garantieren. Es erfolgt eine starre Reglementierung. Der Wettbewerb soll erst bei den Be- und Verarbeitungsbetrieben eintreten. Die Be- und Verarbeitungsbetriebe und ihre 10.000 Beschäftigten werden einem unkontrollierten Verdrängungswettbewerb ausgesetzt und haben damit die volle Last der Marktordnungsänderungen zu tragen.

Die Zielsetzung der Regierungsparteien, einer Kostensenkung und Strukturverbesserung im Milchbereich zugunsten der Konsumenten, wird damit nicht erreicht. Die praktischen Auswirkungen der Liberalisierung im Käsebereich zeigen deutlich, daß nur die Marktmacht des Handels gestärkt wurde ohne Vorteile für den Konsumenten.

Die Zielsetzung der Strukturverbesserung in der österreichischen Milchwirtschaft kann geordnet nur unter Beibehaltung von Lenkungsmechanismen erfolgen.

Dazu bekennen sich auch die Arbeitnehmervertreter, obwohl bei einer geordneten Strukturbereinigung ebenfalls negative Auswirkungen für die Arbeiter und Angestellten entstehen. Voraussetzung ist jedoch, daß für den Bereich der Be- und Verarbeitungsbetriebe folgende Maßnahmen gesetzt werden:

. Beibehaltung des bisherigen Ausgleichssystems bei einer exakten Überprüfung und Senkung der Kostensätze.

. Beibehaltung der Dispositions-Investitions- und Produkthoheit des Milchwirtschaftsfonds.

Im Sinne einer vorsichtigen Übertragung der Verantwortung an die Betriebe soll jeder Betrieb jedes Produkt, das seitens des Fonds grundsätzlich in Verkehr gesetzt ist, im Rahmen seines Milchaufkommens und ohne zusätzliche Investitionen auch selbst erzeugen können.

./.

. Zur geordneten Strukturverbesserung soll in der Marktordnung die Möglichkeit von Stilllegungsprämien bzw. Fusionsprämien (Einzelgenehmigung) für Zusammenlegung von Produktionen und Abteilungen vorgesehen werden. Voraussetzung dafür ist die Erstellung von Sozialplänen für die betroffenen Beschäftigten.

. Zur Stärkung der Position der österreichischen Milchwirtschaft gegenüber den Importprodukten ist eine Wettbewerbsgleichheit (Codex-Importkontrollverordnung) und eine Koordinierung der Forschung und Entwicklung beim Milchwirtschaftsfonds vorzusehen.

. Die Marketing- und Werbemaßnahmen sind zu verbessern.

Zusammenfassend halten die umseitig genannten Betriebsräte fest, daß sie sich zu einer Strukturverbesserung der österreichischen Milchwirtschaft bekennen, soferne der Grundsatz der sozialen Ausgewogenheit und der gleichmäßigen Belastung aller beteiligten Gruppen eingehalten werden. Dazu ist eine entsprechende Übergangszeit erforderlich und nicht eine sofortige Liberalisierung.

Sollte der aufgezeigte Weg nicht möglich sein, so verlangen die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten die totale Liberalisierung des österreichischen milchwirtschaftlichen Systems. Der Wettbewerb muß dann auch für die Milchproduzenten gelten.

Die derzeitige Strategie zulasten der Betriebe und Beschäftigten kann nicht akzeptiert werden.

Abschließend halten die Beschäftigten der österreichischen Molkereien und ihre Interessensvertretungen nochmals fest, daß sie sich einer ausgewogenen koordinierten Strukturverbesserung nicht verschließen. Sie richten an die Sozialpartner, die im Parlament vertretenen Parteien und die Bundesregierung den dringenden Appell, die Beslußfassung der Marktordnung in der vorliegenden Form zu verhindern und statt einer Arbeitsplatzvernichtungsstrategie die notwendigen Voraussetzungen für einen geordneten Strukturwandel zu schaffen.